

„Patronen sind billiger als Zucker“

Der Gazakrieg und die Agenda der Vereinten Nationen
für Frauen, Frieden und Sicherheit

Gülriz Şen

Aktuell wird die Women, Peace and Security-Agenda (WPS) in den endlosen Kriegen im Nahen Osten auf die Probe gestellt. Insbesondere der Gazakrieg offenbarte die große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Palästinenser in Gaza sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Ob die WPS-Agenda dazu beiträgt, den Konflikt zumindest zu befrieden, ist mehr als fraglich.

Die Resolution 1325 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Oktober 2000 (UNSCR 1325) ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensiblen Politik in den internationalen Beziehungen. Sie markiert den Beginn der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ (Women, Peace and Security, WPS), in der die Rolle der Frauen in Friedens- und Sicherheitsprozessen betont wird (Cohn et al. 2004). Die Resolution hebt die wichtige Rolle von Frauen bei der Konfliktverhütung und -beilegung sowie bei der Friedenskonsolidierung hervor und thematisiert die geschlechtsspezifischen Risiken und Folgen bewaffneter Konflikte. Der Resolution zufolge sollen Frauen gleichberechtigt in Bemühungen um die Erhaltung und Förderung von Frieden und Sicherheit einbezogen werden und eine größere Rolle in der Konfliktverhütung und -beilegung spielen. Die Resolution benennt vier Säulen: Prävention, Schutz, Beteiligung und Wiedergutmachung (UN Security Council).

Obwohl sich der Sicherheitsrat seit dem Jahr 2000 mit weiteren Resolutionen um die Institutionalisierung der UNSCR 1325 und der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ bemüht hat, wird die Agenda in jedem Konflikt und jedem Krieg unterlaufen.

Herausforderungen für die WPS-Agenda im Nahen Osten

Aktuell wird die WPS-Agenda im Nahen Osten auf die Probe gestellt, wo sowohl physische als auch strukturelle Gewalt vorherrschen. Wenn wir uns die aktuellen Entwicklungen in der Region ansehen, haben die

Arabischen Aufstände, auch bekannt als „Arabischer Frühling“, Bürgerkriege in der Region ausgelöst, die seit mehr als einem Jahrzehnt andauern. Dabei verloren Tausende Zivilisten in Syrien, Libyen und im Jemen ihr Leben oder waren gezwungen, innerhalb und außerhalb des Landes zu migrieren. Diese Kriege verschärften nicht nur die sozialen Bruchlinien, sondern verursachten auch irreparable Schäden im Bereich grundlegender Dienstleistungen und Infrastrukturen wie Bildung und Gesundheit.

Obwohl die Palästina-Frage, Auslöser eines der ältesten Konflikte in der modernen Nahostpolitik, eine Zeit lang ein randständiges Dasein fristete, kehrte sie mit dem Gazakrieg wieder auf die Tagesordnung zurück. Der Krieg in Gaza, der im Oktober 2023 neu ausbrach, konnte nach fünfzehn Monaten nur teilweise durch einen Waffenstillstand beendet werden. Im Libanon herrscht infolge des sich verschärfenden Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah ebenfalls nur ein brüchiger Waffenstillstand. In Syrien, das seit dem „Arabischen Frühling“ im geopolitischen Fokus stand, begann mit dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 eine „fragile“ Übergangsperiode.

Die langfristigen Auswirkungen von Krieg und Gewalt zeigen sich nicht nur in den aktuellen Konfliktgebieten, sondern auch in Postkonfliktgesellschaften wie dem Irak. Die „Feminisierung der Armut“ als Folge von Menschen- und Frauenrechtsverletzungen durch autoritäre Regierungen, wirtschaftliche Instabilität und Einkommensungleichheit sowie das Fortbestehen des Patriarchats im privaten und öffentlichen Leben zeigen, dass weiterhin strukturelle Probleme und Bedrohungen für die Sicherheit, das Wohlergehen und die Rechte von Frauen und Mädchen in der Region bestehen (Rishmawi 2020). Laut dem vom Weltwirtschaftsforum erstellten Global Gender Gap-Bericht 2024 rangiert die Region im Vergleich zu anderen Regionen im Hinblick auf Teilindizes wie politische Teilhabe, wirtschaftliche Chancen und Beschäftigung, Gesundheit und Bildung auf den hinteren Plätzen (World Economic Forum 2024).

Dieses pessimistische Bild soll nicht die Errungenschaften von Frauenrechtlerinnen im Nahen Osten abwerten. Das feministische Bewusstsein und die Bemühungen von feministischen und Frauen-Nichtregierungsorganisationen in der gesamten Region sind vielversprechend. Der Gazakrieg offenbart jedoch die große Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Umsetzung der WPS-Agenda. Mehr noch verschärft er die bestehende strukturelle Gewalt und Ungleichheiten in der Region.

Die Dynamik des Gazakrieges: Weder Frieden noch Sicherheit für Frauen

Im September 2024 veröffentlichte Oxfam International einen Bericht zu den verheerenden Auswirkungen des Krieges in Gaza. Demzufolge griff Israel alle vier Stunden Wohnsiedlungen in Gaza an, alle sieben Stunden Zelte und provisorische Lager, alle vier Tage Schulen und Krankenhäuser sowie alle fünfzehn Tage Verteilungsstellen und Lagerhäuser für Hilfsgüter, ohne dabei zwischen militärischen Zielen und Zivilisten zu unterscheiden (Oxfam International 2024). Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums verloren bis zur Erzielung des Waffenstillstandsabkommens am 15. Januar 2025 in Gaza 46.600 Zivilisten ihr Leben. Zwar sind genaue Zahlen aufgrund des andauernden Konflikts und der Schwierigkeit, zerstörte Gebäude zu identifizieren, nicht verfügbar, dennoch ist nach Schätzungen von Reuters davon auszugehen, dass die von palästinensischen Quellen bekannt gegebene Zahl mehr als zehnmal höher ist als in jedem anderen Krieg in Gaza seit 2008 (Farge und Al-Mughrabi 2025). Laut einer im Juli 2024 in „The Lancet“ veröffentlichten Studie könnte die Zahl der Todesopfer in Gaza mehr als 186.000 betragen, wenn man die Opfer von Hunger und fehlender medizinischer Versorgung mit einrechnet (Khatib et al. 2024).

Der von UN Women im sechsten Kriegsmonat veröffentlichte Bericht „Gender Alert in Gaza“ gibt an, dass bis dahin mehr als 10.000 Frauen und 6.000 Mütter im Krieg getötet wurden und 19.000 Waisenkinder zurückgeblieben sind (UN Woman 2024a). Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 70 Prozent der zivilen Kriegsoffer in Gaza Frauen und Kinder sind (UN News 2024). Der Gazakrieg hat einmal mehr sehr deutlich gezeigt, dass Frauen in kriegesischen Konflikten unverhältnismäßigen Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind (Oxfam International 2024). Auch Israel ist davon betroffen. Unter den 1.200 Menschen, die bei dem Angriff der Hamas auf israelische Siedlungen am 7. Oktober 2023 ums Leben gekommen sind, befanden sich mindestens 282 Frauen und 36 Kinder.

Betrachtet man die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Krieges in Gaza auf die davon betroffenen Frauen und Mädchen, so hatten vor dem Waffenstillstand Anfang des Jahres 2025 mehr als eine Million von ihnen kaum Zugang zu Nahrungsmitteln, sauberem Wasser, Toiletten oder Damenbinden. Unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen kam es vor allem bei Kindern vermehrt zur schweren Erkrankungen und

Impfmaßnahmen konnten nicht durchgeführt werden. Nahrungsmittelknappheit bedeutet lebensbedrohliche Risiken für stillende Mütter und Kinder (UN Woman 2024b). Im April 2024 waren laut UN Bevölkerungsfonds mehr als 15.000 schwangere Frauen und ihre Babys in Gaza akut von Hunger bedroht (UNFPA 2024).

Hinzu kommt die erhöhte Gefahr, im israelisch-palästinensischen Konflikt Opfer von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt zu werden. Ein Bericht der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission über Verbrechen in den besetzten palästinensischen Gebieten vom Juni 2024 kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl Israel als auch die Hamas sexuelle Gewalt und Folter sowie gezielte Angriffe auf Zivilisten begangen haben (United Nations 2024). Beide Seiten bestreiten die Vorwürfe und nutzen die Berichte und Einschätzungen internationaler Organisationen und von Menschenrechtsorganisationen, um jeweils ihre eigenen Argumente zu untermauern und die internationale öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Im Zusammenhang mit den Hamas-Angriffen vom 7. Oktober gab es Berichte über Vergewaltigungen und andere Formen sexueller Gewalt gegen weibliche Zivilisten durch Angehörige der Hamas. Außerdem wird der Hamas vorgeworfen, sexuelle Gewalt gegenüber israelischen Geiseln auszuüben, die sich in ihrer Hand befinden. Der Bericht einer Untersuchungskommission stellt zugleich fest, dass die israelische Armee nicht nur während der Bodenoperation in Gaza, sondern auch während der Evakuierungs- und Festnahmeoperationen in Ostjerusalem und im Westjordanland sexuelle Gewalt gegen palästinensische Frauen, Männer und Kinder verübt hat (Marteu 2024).

Die WPS-Agenda im Gaza-Krieg

Die WPS-Agenda sieht vor, dass alle Staaten Nationale Aktionspläne zu ihrer Umsetzung erstellen. Auch die palästinensische Regierung hat solche Aktionspläne verabschiedet. Der erste galt für die Jahre 2017-2019, der zweite für die Jahre 2020-2024. Der erste Plan basierte auf den oben genannten vier Säulen des WPS. Er zielte darauf ab, palästinensische Frauen und Mädchen vor den Auswirkungen der Besatzung und des schwelenden Nahostkonflikts zu schützen, Israel für die Besatzung zur Rechenschaft zu ziehen und die Beteiligung palästinensischer Frauen an lokalen und internationalen Entscheidungsprozessen zu stärken. Der

zweite Plan unterstrich diese Ziele, sah aber auch Maßnahmen vor, die der neuen Dynamik der Besatzungsbedingungen entsprachen. Dafür ist der Schutz palästinensischer Frauen und Mädchen im Jordantal als Ziel neu aufgenommen worden, außerdem die Stärkung von Frauen in Genesungs- und Rehabilitationsmaßnahmen nach einer Covid-19 Infektion.

Betrachtet man die WPS-Agenda im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza, wird deutlich, dass in Gaza weder geeignete Maßnahmen zur Konfliktprävention noch zum Schutz der Zivilbevölkerung vor Gewalt oder zur Beteiligung und Wiedergutmachung umgesetzt wurden. Der Konflikt wurde nicht nur nicht verhindert, sondern darüber hinaus wurden hier auch die Grundsätze des Völkerrechts, die das Leben der Zivilbevölkerung schützen sollen, missachtet. Unter Bedingungen, in denen die gesamte physische Infrastruktur zusammengebrochen ist und die Zivilbevölkerung vertrieben wurde, sind die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um Hilfe und Wiederaufbau weitgehend erfolglos, zumal der Konflikt andauert.

Angesichts dessen wird deutlich, dass die WPS-Agenda beim Schutz von Frauen vor Gewalt in Konflikten in Gaza versagt hat, trotz aller Bemühungen von Institutionen der Vereinten Nationen wie UN Women und dem UN-Bevölkerungsfonds. Die Agenda, die darauf abzielt, Frauen zu einem Akteur im Streben nach Frieden und Sicherheit zu machen, ist in einer Zeit, in der die internationalen diplomatischen Bemühungen zur Gründung des palästinensischen Staates ins Stocken geraten bzw. unterbrochen sind, kaum mehr anwendbar.

Frieden und Sicherheit für Frauen in Palästina und der Region?

Nach mehr als fünfzehn Monaten Krieg handelten die Hamas und Israel kurz vor dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump am 15. Januar 2025 einen Waffenstillstand aus. Schrittweise wurden seitdem Geiseln und Gefangene ausgetauscht. In Gaza trafen Lebensmitteltransporte für die hungernden Palästinenser ein und Menschen, die vor den Angriffen entlang der Küste geflohen waren, begannen in ihre Häuser im Norden zurückzukehren. Während die Verhandlungen über einen dauerhaften Waffenstillstand weitergehen, fachte der neue US-Präsident Trump den Konflikt mit seinem Vorschlag wieder an, die Bevölkerung Gazas in andere Länder umsiedeln und die Kontrolle über Gaza selbst übernehmen zu wollen.